



Runder Tisch  
**KLIMANOTSTAND**  
Aachen

---

# **Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2021**

**Fragen bearbeitet von:**

Oliver Krischer

---

**Partei:**

Bündnis 90/Die Grünen

---

Disclaimer:

Im Folgenden verwenden wir für sämtliche klimawirksamen Treibhausgase die Bezeichnung CO<sub>2</sub> und gebrauchen in diesem Sinne die Begriffe CO<sub>2</sub> und CO<sub>2</sub>-Äquivalente synonym.



## Allgemein zum Klima

Mit dem Abkommen von Paris im Jahr 2015 hat sich Deutschland verbindlich dem Ziel verpflichtet, die Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2 Grad Celsius, wenn möglich 1,5 Grad Celsius, zu begrenzen.

Eine schnelle und umfassende Eindämmung des Klimawandels ist daher nicht nur aus moralischen (Klimagerechtigkeit, historische Verantwortung) oder eigennützigen (stabileres Wetter, politische Stabilität), sondern auch aus völkerrechtlichen Gründen in der nächsten Legislatur geboten.

Das Bundesverfassungsgericht hat in diesem Jahr noch den Aspekt der Generationengerechtigkeit hinzugefügt, also das Recht zukünftiger und junger Generationen, nicht alle Einsparungen alleine schultern zu müssen.

Die Folgen einer Erderwärmung zwischen 1,5 und 2 Grad Celsius sind bereits schwerwiegend (siehe Zusammenfassung der NASA<sup>1</sup>). Die Folgekosten des Klimawandels und der in den letzten 30 Jahren versäumten Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung belaufen sich schon jetzt alleine in Deutschland auf viele Milliarden Euro.

1. Betrachten Sie den sich beschleunigenden Klimawandel als die größte Herausforderung der Menschheit in den nächsten Jahrzehnten?

Ja     Eher ja     Eher nein     Nein

Begründung:

Weil die Klimakrise die Existenzfrage unserer Zeit ist. Die Umwelt-Katastrophen der letzten Zeit unterstreichen die Dringlichkeit und Notwendigkeit konsequenten Klimaschutzes. Global ist die Temperatur bereits um über 1 Grad gestiegen, aber was wir heute schon erleben, wäre bei einer ungebremsten Klimakrise nur der Anfang. In der Klimakrise gibt es kein "neues Normal", nur immer weitere Eskalation. Bis heute ist es uns nicht gelungen, die Klimakrise in den Griff zu bekommen. Wir können sie nicht mehr verhindern, aber die schlimmsten Auswirkungen noch abwenden. Wenn wir das Klima schützen, dann schützen wir also in Wirklichkeit uns selbst, unser Wohlergehen und unsere Freiheit.

2. Bekennen Sie sich zum 1,5 Grad-Ziel?

Ja     Eher ja     Eher nein     Nein

Begründung:

Grundlagen unserer Politik sind das Klimaabkommen von Paris sowie der Bericht des Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit. Dieser verdeutlicht, dass jedes Zehntelgrad zählt, um das Überschreiten von relevanten Kippunkten im Klimasystem zu verhindern. Es ist daher notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Dafür ist schnelles und substanzielles Handeln in den nächsten Jahren entscheidend. Wir erhöhen das deutsche Klimaziel für 2030 auf mindestens -70% und wollen in 20 Jahren Klimaneutralität erreicht haben.

1 <https://climate.nasa.gov/news/2878/a-degree-of-concern-why-global-temperatures-matter/>



3. Erkennen Sie an, dass innerhalb der kommenden 10 Jahre bereits unumkehrbare Kippunkte überschritten sein könnten, die verheerende Auswirkungen haben könnten?

Ja  Nein

4. Erkennen Sie an, dass Wetterextreme der letzten Jahre (z.B. Hitzeperioden, extreme Niederschlagsmengen) zum Teil auf den menschengemachten Klimawandel zurückzuführen sind und solche Ereignisse bei fortschreitender Erderwärmung immer häufiger auftreten werden?

Ja  Nein

5. In Deutschland werden 2% der weltweiten Emissionen emittiert. Die Verantwortung Deutschlands für den Ausstoß von CO<sub>2</sub>-Emissionen geht aber weit darüber hinaus. Die Berücksichtigung der ausgelagerten CO<sub>2</sub>-Emissionen würde zum Beispiel zu einem deutlich höheren Wert führen.

Sind Sie bereit, diese Sicht als Grundlage Ihres politischen Handelns festzuschreiben und als Grundlage für alle Gesetzgebungsverfahren zu betrachten?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

Um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur zu stoppen, muss der Anstieg der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre gestoppt werden. Das heißt: Wir dürfen nur noch eine begrenzte Menge an CO<sub>2</sub> (das verbleibende CO<sub>2</sub>-Budget) in die Atmosphäre entlassen und müssen schnell die CO<sub>2</sub>-Emissionen auf Null zurückführen. Berücksichtigt man die hohen historischen und aktuellen Pro-Kopf-Emissionen sowie die hohe wirtschaftliche und technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands, ist klar, dass Deutschland wie auch andere Industrieländer aus Gründen der Klimagerechtigkeit schneller reduzieren und früher CO<sub>2</sub>-Emissionsfreiheit erreichen muss als die Welt insgesamt. Die anstehende Reform des EU-Emissionshandels (ETS) muss eine deutliche Reduzierung von Zertifikaten beinhalten.

6. Soll das Lieferkettengesetz um Klimaaspekte erweitert werden, auch für Unternehmen mit weniger als 1 000 Mitarbeiter\*innen gelten und nicht nur die ersten Glieder der Lieferkette erfassen?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

Unternehmen verpflichten wir dazu, in ihrer gesamten Lieferkette Sorgfalt walten zu lassen, um sicherzustellen, dass sie weder die Menschenrechte noch die nachhaltige Entwicklung verletzt. Produkte aus Zwangsarbeit und Entwaldung dürfen nicht mehr importiert werden. Klimaschutz darf nicht zu Nachteilen im internationalen Wettbewerb führen. Wir unterstützen deshalb eine Klimaabgabe auf schmutzige Importe.



7. Die Strategie der Suffizienz – “was brauchen wir wirklich” – ist die wirksamste Methode, die Emissionen von CO<sub>2</sub> zu vermeiden und Ressourcen zu schonen. Wollen Sie suffizientes Wirtschaften zur Basis Ihrer Wirtschafts- und Umweltpolitik auf Bundesebene machen?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

Der Vorteil zu anderen Nachhaltigkeitsstrategien (z.B. Effizienz und Konsistenz) besteht darin, dass keine zusätzlichen Maschinen und Innovationen benötigt werden und Suffizienz daher über Nacht realisierbar ist. Für eine Bewältigung der gegenwärtigen Klima- und Umweltkrisen werden allerdings alle drei Nachhaltigkeitsstrategien gemeinsam benötigt. Ressourcenschonende Lebensstile sollen ermöglicht und bestärkt werden. Viele gesellschaftliche Strukturen und Vorstellungen davon, was normal ist, stehen im Widerspruch zu nachhaltigem Handeln. Das Flugzeug ist dann doch verlockend, wenn eine Zugfahrt nicht nur sehr viel länger dauert, sondern auch ein Vielfaches kostet. Kaum ein Mensch vermag alle Optionen zu übersehen, nachhaltig zu handeln und konsumieren, weil Informationen und Wissen über die Auswirkungen des eigenen Handelns begrenzt sind. Auch kann niemand die durch eigenes Handeln hervorgerufenen Gesamteffekte vollständig erfassen und bewerten.

8. Werden Sie sich in Anbetracht von häufiger auftretenden Hitzewellen (mit tausenden Toten in Deutschland) und Starkregenereignissen (mit hunderten Toten)<sup>2</sup> dafür einsetzen, dass Anpassungen an die Folgen des Klimawandels auf der Agenda stehen?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

Die Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist eng mit der Frage nach Klimagerechtigkeit verbunden. Klimagerechtigkeit treiben wir u.a. voran, indem wir Klimapartnerschaften bzw. die bestehenden Fonds für Klimaanpassung und Klimaschutz stärken und uns für einen neuen Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten einsetzen.

Wir fordern 2 Milliarden Euro für die Klimanothilfe, um die Auswirkungen der Klimakrise einzudämmen. Wir brauchen zudem eine regelmäßige wissenschaftliche Bestandsaufnahme über die finanziellen Bedarfe und Kosten für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Deutschland für Städte und Kommunen sowie für die Sektoren Energie- und Wasserwirtschaft, Landwirtschaft und den Gebäudesektor.

9. Wie stehen Sie dazu, dass bereits heute hunderttausende Menschen jährlich aufgrund von Auswirkungen des Klimawandels<sup>3</sup> ums Leben kommen und mehrere hundert Millionen Menschen an der Erderwärmung leiden?<sup>4</sup>

Freitextantwort:

Das ist schrecklich und schwer zu ertragen.

2 <https://www.ndr.de/nachrichten/info/podcasts/podcast5126.html>

3 [https://www.zeit.de/online/2009/23/klimawandel-tote-studie?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/online/2009/23/klimawandel-tote-studie?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F)

4 <https://www.theguardian.com/environment/2009/may/29/1>



10. Öffentliche Mittel, als Zuschüsse oder Darlehen, sollen nur für Projekte und Investitionen gewährt werden, die sich am sozio-ökologischen Transformationsprozess orientieren. Dies gilt für inländische (z.B. durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau - KfW) und ausländische (z.B. Hermesbürgschaften) Finanzierungen.

Stimmen Sie zu?

Ja       Eher ja       Eher nein       Nein

Begründung:

Eine klimagerechte Gesellschaft zu werden, ist eine epochale Aufgabe mit inspirierender Kraft. Unser auf zehn Jahre angelegtes Investitions- und Transformationsprogramm von insgesamt 500 Milliarden Euro legt die Basis für eine grundlegende Modernisierung des Standorts Deutschland. Die Transformation kann nur gemeinsam gelingen. Wir sind überzeugt, wenn Veränderung von der Politik vorgelebt und gewollt wird und wir den Veränderungsdruck nach Corona positiv nutzen, wird es mit der Modernisierung des Staates gelingen. National werden wir eine Investitionsoffensive starten. In klimaneutralen Infrastrukturen, in Ladesäulen, einen Ausbau der Bahn, emissionsfreie Busse und moderne Stadtentwicklung. International sind Menschenrechte, die globalen Nachhaltigkeitsziele und das Pariser Klimaabkommen hierfür wichtige Fundamente. Deutschland und die EU müssen beim Schutz globaler Güter, einer gerechten Ressourcenverteilung und bei der Schaffung fairer Entwicklungschancen vorangehen und die notwendigen Mittel bereitstellen. Wir wollen alle Politikbereiche auf die sozial-ökologische Transformation ausrichten, einen Nationalen Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte einrichten sowie einen Nachhaltigkeits- und Menschenrechts-TÜV einführen.

11. Das Umweltbundesamt beziffert die Folgekosten des Ausstoßes einer Tonne CO<sub>2</sub> mit 195 Euro.<sup>5</sup>

Sollten diese Kosten Ihrer Meinung nach vollständig durch eine CO<sub>2</sub>-Steuer abgebildet werden?

Ab welchem Jahr soll die Angleichung zwischen CO<sub>2</sub>-Steuer und Folgekosten erreicht sein?

Freitextantwort:

Klimaschutz muss sozial gerecht sein, sonst funktioniert er nicht. Das, was der Umwelt und damit den Menschen schadet, braucht einen Preis, klimafreundliches Verhalten muss sich lohnen. Deshalb werben wir für einen höheren CO<sub>2</sub>-Preis bei gleichzeitiger sozialer Entlastung von Kleinverdiener\*innen und Familien. Die Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis sollen vollständig als Energiegeld an die Bürger\*innen ausgezahlt werden. Wer das Klima überdurchschnittlich belastet, soll dafür zahlen. Wer das Klima schont, soll am Ende mehr im Portemonnaie haben.

Wir wollen als einen Schritt für mehr Klimaschutz die Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorziehen. Danach soll der CO<sub>2</sub>-Preis so ansteigen, dass er im Konzert mit den Fördermaßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorgaben die Erfüllung des neuen Klimaziels 2030 absichert. Wichtig ist uns: Es braucht einen klugen und sozial gerechten Mix aus CO<sub>2</sub>-Preisen, Anreizen und Förderung sowie Ordnungsrecht. Ordnungsrecht, wie zum Beispiel die europäischen Flottengrenzwerte, nimmt auch die Wirtschaft in die Pflicht und sorgt dafür, dass überhaupt klimafreundliche Alternative wie E-Autos schnell zur Verfügung stehen.



12. Welche drei umweltschädlichen<sup>6</sup> Subventionen sollten Ihrer Meinung nach am dringendsten abgeschafft oder umweltfreundlich umstrukturiert werden?

1. Dienstwagenprivileg     abschaffen     umstrukturieren

Kurze Begründung:

45 Prozent der zugelassenen Pkws in Deutschland sind Dienstwagen. Oftmals handelt es sich um teure und schwere Fahrzeuge. Das ist ein steuerlicher Anreiz, der das Fahren unsozial macht. Der Staat fördert damit den Unterhalt schwerer Fahrzeuge.

2. Dieselpivileg     abschaffen     umstrukturieren

Kurze Begründung:

Damit die Dekarbonisierung des Verkehrssektors gelingen kann und der deutschen Automobilindustrie Marktanteile erhalten bleiben, ist Technologieoffenheit notwendig. Die Diesel-Subvention steht hierzu in einem deutlichen Widerspruch, denn eine inkonsistente Kraftstoffbesteuerung setzt falsche Marktanreize.

3. Kohle     abschaffen     umstrukturieren

Kurze Begründung:

Die milliardenschwere Subventionierung alter und unflexibler Kohlekraftwerke muss abgeschafft werden um den Kohleausstieg zu beschleunigen. Die Klimaschäden, die durch die Kohle verursacht werden, wollen wir einpreisen.

13. Werden Sie in Ihrem Kompetenz-/Zuständigkeitsbereich möglichst viele Hebel in Bewegung setzen, um das Abkommen von Paris einzuhalten?  
Welche Hebel werden das sein?

Ja     Eher ja     Eher nein     Nein

Begründung:

Die Vorgaben des Pariser Klimavertrages wollen wir im Grundgesetz verankern.

Wir setzen uns dafür ein, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollenden und treten ein für die Energie- und Verkehrs- und Wärmewende.

Im Bereich Ernährungspolitik wollen wir die Forderung der EU-Kommission, Umweltfolgekosten auch im Lebensmittelbereich steuerlich zu berücksichtigen, mit einer ökologischen Steuerreform aufgreifen, damit sich auch bei pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln der Preis ökologisch ist.

Mit dem Europäischen Green Deal hat die EU-Kommission ein Programm vorgelegt, um die Europäische Union zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Es umfasst Gesetzesvorschläge in den Bereichen Klima- und Umweltschutz sowie für eine gestärkte Wettbewerbsfähigkeit, Energiesicherheit und Innovationsdynamik einer dekarbonisierten europäischen Wirtschaft. Wir setzen uns für eine ambitionierte Ausgestaltung und eine ehrgeizige Umsetzung auf allen Ebenen ein.

Wir wollen den Fairen Handel mit dem globalen Süden an das Pariser Klimaabkommen orientieren und die multilaterale Zusammenarbeit zur Erreichung der Pariser Klimaziele stärken.

6 <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/wirtschaft-umwelt/umweltschaedliche-subventionen>  
<https://www.greenpeace.de/klimaschaedliche-subventionen>  
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/milliardenschwere-subventionen-schaden-dem-klimaschutz-17384905.html>



14. Werden Sie während Ihrer Zeit in Berlin den intensiven Austausch mit Umwelt-, Klima- und Naturschutzinitiativen suchen?

- Ja, ich werde Termine einfordern     Ja, aber nicht eigeninitiativ     Nein

15. Sind Sie dafür, dass sich Deutschland Ende des Jahres bei der Klimakonferenz in Glasgow für konkreten (also für Maßnahmen und nicht nur für Ziele) und verbindlichen internationalen Klimaschutz inklusive Finanzierungshilfen für die armen und ärmsten Länder einsetzt?

- Ja     Eher ja     Eher nein     Nein

Begründung:

Mit unserem Klimaschutz Sofortprogramm wollen wir Klima- und Entwicklungspartnerschaften im Sinne des globalen Budgetansatzes stärken. International wollen wir neuen Schwung in diesozial-ökologische Transformation bringen, indem wir auf eine verbindliche Transformationsquote hinwirken und insbesondere die Länder des globalen Südens in diesem Prozess unterstützen. Wir bündeln die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit, internationale Klimafinanzierung und Teile der humanitären Hilfe, um eine globale Transformation entlang der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und der Pariser Klimaziele zu finanzieren. Dabei halten wir unsere internationalen Zusagen für Entwicklungszusammenarbeit, Klimafinanzierung und Biodiversität ein.



## Landwirtschaft und Ernährung sowie Forstwirtschaft

Der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft kommen große Rollen zu. Beide Bereiche sind für direkte Emissionen verantwortlich und haben zusätzlich einen enormen negativen Einfluss auf die Biodiversität. Gleichzeitig können Wiesen und Wälder große Mengen an CO<sub>2</sub> speichern und sind damit bedeutend für den Klimaschutz.

Der Wald ist nicht nur Wirtschaftsfaktor, sondern vor allem als Wasserspeicher, Luftfilter, Senke von Treibhausgasen (THG) und nicht zuletzt zur Erholungs- und Gesundheitsvorsorge wichtig. Die in den letzten 200 Jahren überwiegend geförderten Nadelholz-Monokulturen erfüllen diese Funktionen nur sehr unzureichend. Die Folgen des Klimawandels zeigen zudem, dass sie deutlich stärker für Trockenheit und Stürme anfällig sind als Laubbaumarten. In Anbetracht der Tatsache, dass sich Biodiversitätskrise und Klimakrise gegenseitig anheizen, ist eine schnelle Umsetzung der Biodiversitätsstrategien auf Bundesebene, aber auch auf internationaler und EU-Ebene, vonnöten.

1. Wie ist Ihre Meinung zur Förderpolitik im Agrarsektor?  
Sollten die Subventionen (aus Steuermitteln) anders verteilt werden?

Mehrere Antworten möglich

Die Verteilung von Fördermitteln, vor allem nach Fläche, sollte beibehalten werden.

Die Fördermittel sollten zum großen Teil für Ökosystemdienstleistungen der Landwirtschaft (etwa Artenvielfalt, Grundwasserschutz) gezahlt werden.

Die Fördermittel sollten vor allem kleinere Betriebe unterstützen.

Weitere Idee:

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU sollte zu einem Instrument für eine sozial- ökologische Agrarpolitik werden – und nicht wie bisher für die Industrialisierung der Landwirtschaft.

Weitere Idee:

Wir setzen uns für innovative Instrumente der Agrarumweltförderung ein, bei denen Klima- und Naturschutz sowie agrarökologische Ziele gemeinsam gedacht werden. Bis zum Jahr 2028 wollen wir für mindestens die Hälfte der Gelder eine ökologische Zweckbindung erreicht haben.





2. Die neue Bundesregierung soll das von den Agrarminister\*innen der EU-Mitgliedsstaaten beschlossene "Farm-to-Fork"-Prinzip<sup>7</sup> zügig umsetzen.

Stimmen Sie zu?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

Die Vorschläge der EU Kommission gehen in die richtige Richtung, um unsere Landwirtschaft endlich zukunftsfähig zu gestalten. Mit der Farm-to-Fork-Strategie gesteht die EU-Kommission faktisch ein, dass unser Ernährungssystem gescheitert ist. Wir brauchen nicht nur eine wirkungsvolle Agrarwende, dazu gehört auch eine Ernährungswende. Die Vorlage der EU-Kommission enthält gute Vorschläge, wie  
- die Einführung eines verpflichtenden EU-weiten Nährwertlogos für Ferticlebensmittel.  
- die geplante Herkunftskennzeichnung für Milch- und Fleischprodukte, verbindliche Ziele bei der Reduzierung von Lebensmittelverschwendung und der Kampf gegen Übergewicht.

3. In Schweden, Norwegen, Dänemark und Frankreich wird bereits eine Steuer auf Pestizide erhoben.<sup>8</sup> Befürworten Sie die Einführung einer Abgabe auf Kunstdünger und Pestizide auf nationaler oder EU-Ebene?

Nur gemeinsam auf EU-Ebene  Auch als nationale Regelung  Nein

Begründung:

Bereits 2018 haben wir die Bundesregierung aufgefordert, ein Konzept für ein monetäres Anreizsystem zur Pestizidreduktion, wie bspw. eine Pestizidabgabe, zu erarbeiten.  
Dazu wollen wir mit unserem Sofortprogramm Artenschutz, den Pestizideinsatz deutlich verringern und den Einsatz besonders schädlicher Umweltgifte wie Glyphosat untersagen.

4. Wie soll sich die Menge der Nutztiere in Deutschland verändern?

Deutliche Reduktion  Leichte Reduktion  Keine Veränderung

Begründung:

Wir Grüne kämpfen dafür, dass es allen Tieren gut geht. "Grüner statt größer werden" ist unser Leitmotiv für die Tierhaltung der Zukunft. Die Zahl der Tiere wollen wir deutlich verringern. Die Tierhaltung soll wieder an die Fläche gebunden werden. Wir wollen den Ökolandbau und regionale Strukturen stärken.

<sup>7</sup> [https://ec.europa.eu/food/horizontal-topics/farm-fork-strategy\\_en](https://ec.europa.eu/food/horizontal-topics/farm-fork-strategy_en)

<sup>8</sup> <https://www.helmholtz.de/erde-und-umwelt/umweltforscher-fordern-pestizidabgabe/>

[https://blog.gls.de/landwirtschaft/pestizidabgabe-agrarwende-politisch-anpacken/?pk\\_campaign=kn10321](https://blog.gls.de/landwirtschaft/pestizidabgabe-agrarwende-politisch-anpacken/?pk_campaign=kn10321)

<https://www.greenpeace.ch/static/planet4-switzerland-stateless/2019/>

<http://www.umweltinstitut.org>



5. Sind Sie für eine transparentere Kennzeichnung nachhaltiger Lebensmittel im Supermarkt (z.B. Angabe der CO<sub>2</sub>-Äquivalente der Produkte, Wasser- und Flächenverbrauch)?

Ja       Eher ja       Eher nein       Nein

Begründung:

Wir wollen die Produktkennzeichnung verbessern und setzen uns für eine klare Lebensmittelkennzeichnung ein. Gutes, nachhaltiges und gesundes Essen soll leicht zu erkennen sein. Mit verständlichen Informationen über Zutaten, Herkunft, Herstellung und zum ökologischen Fußabdruck wollen wir für die nötige Transparenz sorgen. Wir werden eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung mit anspruchsvollen Kriterien für Fleisch und andere Lebensmittel aus oder mit tierischen Bestandteilen einführen und uns dafür einsetzen, dass dies auch EU-weit verbindlich wird. Dabei soll der Weiterentwicklung von Tierschutzstandards Rechnung getragen werden.

Zur einheitlichen Kennzeichnung von vegetarischen und veganen Lebensmitteln brauchen wir eine EU-weite rechtsverbindliche Definition von "vegetarisch" und "vegan". Transparenz muss auch bei der Lebensmittelhygiene gelten, deshalb sollen die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen für alle erkennbar sein.

6. Es gibt viele gute Gründe für eine weitgehend pflanzliche Ernährung,<sup>9</sup> z.B. bessere Gesundheit, mehr Umwelt-, Klima- und Tierschutz, sicherere Nahrungsmittelversorgung, Risikoverminderung von Pandemien. Sind Sie dafür, dass das Essensangebot in öffentlichen Einrichtungen größtenteils vegetarisch und vegan ist?

Ja       Eher ja       Eher nein       Nein

Begründung:

Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Pflegeheime, Mensen und Kantinen unterstützen wir dabei, mehr gesundes regionales und ökologisch erzeugtes Essen anzubieten; auch vollwertiges vegetarisches und veganes Essen soll zum täglichen Angebot gehören.

Gesunde und ökologisch wertvolle Lebensmittel sollen allen Menschen in Deutschland leicht zugänglich sein, gesunde Ernährung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Ernährungsbedingte Krankheiten wollen wir gezielt eindämmen. Deshalb werden wir umsteuern und viele Stellschrauben neu justieren — sich gut und gesund zu ernähren, muss einfacher werden.

Wir wollen vegetarische und vegane Ernährung attraktiver und zugänglich für alle Menschen machen. Die Markteinführung von pflanzlichen Alternativen und Fleischersatzprodukten wollen wir fördern. So sollen pflanzliche Milchalternativen mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz verkauft werden. Auch für fair gehandelten Kaffee wollen wir die Steuer runtersetzen.



- 7 Nach der im Jahr 2007 beschlossenen Nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS) sollten eigentlich schon bis zum Jahr 2020 mindestens 5 Prozent der Wälder (10% im öffentlichen Wald) aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen werden und sich durch Naturverjüngung (nach dem Motto „Natur Natur sein lassen“) selbst entwickeln. Auch im Wirtschaftswald sollten zunehmend resilientere und als THG-Speicher (in Wuchs-, Zerfalls- und Totholzphase) besser geeignete heimische Laubbaumarten gepflanzt werden. Nadelhölzer, insbesondere invasive Arten wie die Douglasie, sind keine Lösung.

Werden Sie sich für die schnellstmögliche Umsetzung der Ziele der NBS einsetzen, insbesondere für die Herausnahme besonders wertvoller Waldbereiche aus der forstwirtschaftlichen Nutzung? Werden Sie sich für die großflächige Umsetzung des naturnahen Waldbaus mit klimaresilienteren und THG-speichernden Laubbaumarten einsetzen?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

Wir fördern die Entwicklung gesunder Wälder, die mehr Kohlenstoff binden, als aus ihnen herausgeholt oder freigesetzt wird. Mindestens 5 Prozent unserer Wälder wollen wir der Natur überlassen, um hier die Urwälder von morgen wachsen zu lassen. Denn ursprüngliche Natur heißt in Deutschland in erster Linie unbewirtschafteter Wald. Heute ist unser Wald durch die Klimakrise stark bedroht, deshalb brauchen wir naturnahe, artenreiche Waldökosysteme, die widerstandsfähiger sind als Monokulturen. Wir wollen gesetzliche Mindeststandards für eine naturnahe Waldbewirtschaftung festlegen und den ökologischen Umbau und die natürliche Wiederbewaldung unterstützen. Die Bewirtschaftung von Flächen der öffentlichen Hand gehört an ökologische Kriterien geknüpft – im Wald nach FSC- oder Naturlandstandards, in der Landwirtschaft nach Ökolandbau-Zertifizierung.

8. Wald und ungenutzte Flure sind die letzten Bereiche, die Rückzugsgebiete für Tiere sein können. Aufgrund zunehmend intensiverer Agrar- und Forstwirtschaft werden Tiere aus diesen Bereichen immer weiter verdrängt. Der Eingriff in die Natur und die Beeinträchtigung des tierischen Waldlebens haben ebenso durch Freizeitaktivitäten deutlich zugenommen.

In welcher Weise wollen Sie sich für einen nachhaltigen Schutz von Wald und Flur zur Bewahrung von Artenvielfalt einsetzen?

Freitextantwort

Klimakrise und Artenaussterben erreichen zusehends katastrophale Zustände. Die dramatischen Nachrichten nehmen kein Ende: der Amazonaswald, der mittlerweile mehr Klimagase ausstößt als er aufnehmen kann; Rekordwärme in der Antarktis; anhaltende Dürren; Vogel- und Insektensterben. Um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen haben wir im Bundestag einen Antrag "Naturschutz ist Klimaschutz" eingebracht. Denn Naturschutz und Klimaschutz sind zwei Seiten derselben Medaille. Ohne das eine kann das andere keinen Erfolg haben - gesunde Natur leistet einen unersetzlichen Beitrag für den Klimaschutz und die Biodiversität. Besonders wertvolle Ökosysteme müssen strenger geschützt werden und zerstörte Naturgebiete müssen wiederhergestellt werden. Dafür wollen wir zehn Prozent der Gelder des Energie- und Klimafonds zukünftig in die Wiederherstellung unserer Natur investieren. Mit einem "Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz" wollen wir unter anderem Moorböden wiedervernässen, naturnahe Wälder wiederherstellen, Flussauen renaturieren und Seegraswiesen schützen. So kann Kohlenstoff über Jahrzehnte in der Erde gespeichert werden und gleichzeitig das Artenaussterben gestoppt werden und diese Maßnahmen gleichzeitig einen Beitrag zum Erreichen der Ziele des Pariser Klimaabkommens und des Übereinkommens für Biologische Vielfalt leisten.



- 9 In Deutschland sind lediglich 8 Prozent der Gewässer ökologisch intakt.<sup>10</sup>  
Die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sind noch lange nicht erreicht.  
Sind Sie für die Renaturierung von Gewässern  
(z.B. das Anlegen von Retentionsräumen)?  
Sind Sie für die Förderung von nachhaltiger Fischerei und für die Ausweitung von  
Schutzgebieten in den Gewässern Deutschlands und der EU?

Mehrere Antworten möglich

Renaturierung von Gewässern

Nachhaltige Fischerei

Ausweitung von

Keins davon

SchutzgebietenBegründung:

Die Renaturierung von Flüssen, Auen und die Wiedervernässung von Mooren – all das schützt nicht nur seltene Lebensräume und die biologische Vielfalt, sondern auch das Klima. Deshalb werden wir eine Renaturierungsinitiative starten. Spezifische Programme für wilde Bäche, naturnahe Flüsse, Seen, Auen und Feuchtgebiete wie das Blaue Band wollen wir stärken und gemeinsam mit den Ländern die EU-Wasserrahmenrichtlinie endlich konsequent umsetzen.

Um die Überfischung zu beenden, die Fischbestände zu stabilisieren und Fischer\*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben, wollen wir Fangquoten und Fischereiabkommen anpassen, Schonzeiten ausdehnen und die Umstellung der Fischerei auf umwelt-, klima- und artenschonende Fangmethoden erreichen. Dazu gehören auch ein schnellstmöglicher Ausstieg aus der klima- und umweltschädlichen Grundschieppnetzerei und eine naturschutzgerechte Regulierung von Stellnetzen. Wir wollen die Fischereisubventionen auf eine ökologische Meeresnutzung ausrichten und Meeresschutzgebiete ausweisen.

10. Welche Rolle kommt Ihres Erachtens der (Re-)Aktivierung von CO<sub>2</sub>-Senken zu  
(z.B. Wiedervernässung von Mooren, Entsiegelung und Renaturierung von Flächen,  
Senkung der Neuversiegelungsrate)?

Freitextantwort

Moorschutz ist Klimaschutz. Daher wollen wir ein Ende der Torfnutzung und unsere Moore so schnell und umfassend wie möglich wiedervernässen. Dazu legen wir gemeinsam mit den Ländern ein großflächig wirksames Moor-Renaturierungsprogramm auf. Um die noch intakten Moore vor Torfabbau, Überdüngung und Entwässerung zu retten, werden wir sie unter strengen Schutz stellen. Für genutzte Moorböden wollen wir ökonomische Perspektiven für eine nachhaltige nasse Landwirtschaft ermöglichen und extensive Weidewirtschaft und Paludikultur stärken.

In der Stadt sollen mehr Grünflächen auch durch Entsiegelung geschaffen werden. Nicht mehr benötigte versiegelte Flächen werden der Natur zurückgegeben. Künftig wird mehr hoch als breit gebaut, Verkehrsflächen werden reduziert. Flächen, die noch versiegelt werden, müssen ortsnahe durch Entsiegelung ausgeglichen werden. So steigen wir in eine Flächenkreislaufwirtschaft ein, die letztlich keinen Nettoverbrauch an Boden mehr benötigt.

<sup>10</sup>

<https://www.wwf.de/themen-projekte/fluesse-seen/wasser-politik-maerkte/wasserrahmen-richtlinie/zustand-der-gewaesser-in-deutschland/>  
<https://www.umweltbundesamt.de/themen/gewaesser-in-deutschland-zustand-bewertung>



## Energie

Die Energiewende ist essentieller Baustein für die Reduktion von Treibhausgasemissionen,<sup>11</sup> da das Verbrennen von fossilen Energieträgern (Kohle, Öl, Gas) besonders viele Emissionen erzeugt. Sogar Organisationen, die den erneuerbaren Energien in der Vergangenheit kritisch gegenüberstanden, wie die aus der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) heraus gegründete IEA (Internationale Energie Agentur), halten das sehr ambitionierte Ziel von 1,5 Grad Celsius Erderwärmung für erreichbar und entwerfen Wege zur Umsetzung.

1. Ist ein Kohleausstieg bis 2038 ausreichend?

Ja  Nein, er sollte früher geschehen – bis spätestens 2030

2. Ist ein Mindestabstand von Windrädern zu Wohnbebauungen von pauschal 1000 Metern sinnvoll?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

Für die Erreichung der Klimaziele ist der schnelle und starke Zubau von Erneuerbaren Energien und insbesondere der Windenergie unverzichtbar. Mindestabstandsregelungen reduzieren die vorhandenen Flächenpotenziale für die Windenergie enorm, so wird der notwendige Ausbau absehbar nicht möglich sein.

Aus unserer Sicht bietet die projektspezifische Prüfung der Anforderungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes ausreichend Schutz vor den Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Natur, Umwelt und Anwohner\*innen.

3. Eine Solarpflicht für Neubauten und grundlegende Dachsanierungen sollte eingeführt werden, um vorhandene geeignete Photovoltaik-Dachflächen für die Stromproduktion zu nutzen.

Stimmen Sie zu?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

Unser Ziel sind 1,5 Millionen neue Solardächer in den kommenden vier Jahren. Deshalb werden wir Solardächer fördern und zum Standard machen. Beginnend mit Neubauten, öffentlichen und Gewerbegebäuden sowie Dachsanierungen wollen wir diesen neuen Standard perspektivisch auf den Bestand ausweiten. Leasing-, Pacht- und Contractingmodelle können hier unterstützend wirken.

<sup>11</sup> <https://iea.blob.core.windows.net/assets/0716bb9a-6138-4918-8023-cb24caa47794/NetZeroBy2050-ARoadmapfortheGlobalEnergySector.pdf>



4. Welche Hemmnisse für den Bau und Betrieb von Solar- und Windanlagen möchten Sie vordringlich beseitigen?

1. Hemmnis: Bürokratische Hürden Solarenergie

Lösungsansatz:

Vereinfachung von Bürgerenergieprojekten, Mieterstrom durch Neuregelungen attraktivieren.

2. Hemmnis: Abstandsregelungen Windräder

Lösungsansatz:

Projektspezifische Prüfung der Anforderungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes. Fixe Abstandsregelungen abschaffen!

3. Hemmnis: RePowering

Lösungsansatz:

Vereinfachte Verfahren, damit schneller modernisiert werden kann.

5. Sehen Sie im Ausbau von Energiespeichern eine dringende Schwerpunktaufgabe, um eine vollständige Energiewende zu schaffen?

Ja     Eher ja     Eher nein     Nein

Begründung:

Die Nutzung von Speichern gilt es rentabel zu machen, um die Schwankungen im Stromangebot auszugleichen.  
Ein kluger Mix aus lokaler Erzeugung, Speichern und flexiblen Verbrauchern senkt die Kosten und erhöht die Versorgungssicherheit. Voraussetzung für einen weiteren Netzausbau ist, dass er systemdienlich erfolgt und alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die bestehenden Netze optimal auszunutzen und durch intelligente Systeme und Speicher zu ergänzen. Im Rahmen unserer Investitionsoffensive wollen wir u.a. auch Spitzenforschung in Energiespeichertechnologien vorantreiben.

Erzeugungsspitzen machen wir nach dem Prinzip "nutzen statt abschalten" für Speicher und die Produktion von Wärme oder grünem Wasserstoff nutzbar. Doppelte Belastungen und andere Bremsklötze schaffen wir ab. Kritische Infrastrukturen sichern wir mit notstromfähigen Solaranlagen.

Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, sogenannter grüner Wasserstoff, ist zentral für die Versorgungssicherheit in einer klimaneutralen Welt. Denn Wasserstoff ist gut speicherbar und, wenn er mit Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt wird, auch klimafreundlich.

Wichtig ist zudem, dass Deutschland und Europa schnell den Anschluss bei der Batteriezellenproduktion finden. Gerade für die Batterien der nächsten Generation, die günstiger und ressourcensparender sind, wollen wir in Europa eine eigene, nachhaltige Batteriezellenproduktion schaffen, zu der ein wirksames Recyclingsystem gehört sowie die Forschung und Entwicklung der nächsten Batteriegeneration.



6. Hat Ihre Partei ein Programm mit konkreten Maßnahmen, Ausbauplänen und daraus resultierenden CO<sub>2</sub>-Einsparungen, durch das der Stromsektor Deutschlands bis 2030 klimaneutral werden kann?<sup>12</sup>

Ja       Eher ja       Eher nein       Nein

Begründung:

Erneuerbar heizen, wohnen und wirtschaften. Klimaneutralität heißt: raus aus den fossilen Energien. Dazu braucht es zuallererst eine massive Ausbauoffensive für die Erneuerbaren, die so schnell wie möglich umgesetzt wird. Unser Ziel ist ab sofort ein jährlicher Zubau von mindestens 5 bis 6 Gigawatt (GW) Wind an Land, ab Mitte der 20er Jahre von 7 bis 8 GW, bei Wind auf See wollen wir 35 GW bis 2035. Im Bereich Solarenergie werden wir den Ausbau von beginnend 10 bis 12 GW auf 18 bis 20 GW pro Jahr steigern ab Mitte der 20er. Mit einer umfassenden Steuer- und Abgabenreform wollen wir dafür sorgen, dass die Sektorenkoppelung vorankommt und Strom zu verlässlichen und wettbewerbsfähigen Preisen vorhanden ist

- 7 In welcher Weise wollen Sie technologische Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Rückholung aus der Atmosphäre voranbringen?

Freitextantwort

Die durch Menschen verursachten Treibhausgasemissionen müssen weltweit so weit wie möglich reduziert und alle dann noch verbleibenden Emissionen durch natürliche und künstliche Senken (Negativemissionen) wieder aus der Atmosphäre entfernt werden.  
Im Modell kann man fortgesetzte Emissionen mit Negativemissionen verrechnen, aber in der Realität sind daran Zweifel angebracht. Denn das Potential an akzeptablen und realistisch verfügbaren Negativemissionen ist sehr begrenzt.



## Verkehr

In Anbetracht der im neuen Klimaschutzgesetz beschlossenen Sektorziele muss auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Verkehrssektor in Deutschland deutlich reduziert werden. Im Vergleich zum Referenzjahr 1990 gab es im Verkehrsbereich keine Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen.<sup>13</sup>

1. Das Umweltbundesamt hat im Jahr 2020 berechnet, dass ein Tempolimit auf Autobahnen zu erheblichen jährlichen CO<sub>2</sub>-Einsparungen führen kann.<sup>14</sup>

Da diese Maßnahme finanziell und organisatorisch günstig ist (etwa im Vergleich zu Kaufprämien für E-Autos) und außerdem zu mehr Verkehrssicherheit sowie Lärm-/Schadstoffreduktion beiträgt: Wie stehen Sie zu einem Tempolimit auf Autobahnen, wie es in allen anderen Ländern der EU und des Schengen-Raumes existiert (zwischen 100 und 130 km/h)?

- Tempolimit von 130 km/h (1,9 Millionen Tonnen jährliche Einsparung)
- Tempolimit von 120 km/h (2,6 Millionen Tonnen jährliche Einsparung)
- Tempolimit von 100 km/h (5,4 Millionen Tonnen jährliche Einsparung)
- Ich bin gegen ein Tempolimit auf Autobahnen.

Begründung:

Wir wollen das Verhältnis von Regel und Ausnahmen umkehren, um mehr Sicherheit auf den Straßen zu erreichen: Innerorts soll Tempo 30 die Regel sein, auf Autobahnen ein "Sicherheitstempo" von 130 gelten. Wenn besondere Gründe es notwendig machen, wie beispielsweise in und um Städte oder Ballungsgebiete, dann gelten maximal 120 km/h.

Für uns ist ein Tempolimit ganz eindeutig ein Beitrag zum Klimaschutz: Ein Tempolimit würde knapp zwei Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> sofort einsparen, das ist eine Menge. Das ist eine Klimaschutzmaßnahme.

Hinzu kommt das Sicherheitsproblem auf Autobahnen. Auf rund 70 Prozent der Strecken gibt es kein Tempolimit und nach wie vor zu viele Tote auf den Straßen. Wir haben 20.000 Unfälle auf Autobahnen jedes Jahr, wir haben sie vor allem auf den Strecken, wo schnell gefahren werden kann. Diese Zahl kann man deutlich reduzieren.

<sup>13</sup> <https://www.umweltbundesamt.de/daten/verkehr/emissionen-des-verkehrs#minderungsziele-der-bundesregierung>  
<sup>14</sup> <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/verkehrsplanung/tempolimit#tempolimit-auf-autobahnen-https://www.br.de/radio/bayern1/tempolimit-europa-100.html>





2. In Aachen kommen momentan 446 PKW auf 1000 Einwohner\*innen.<sup>15</sup> Der aktuelle Bundesdurchschnitt liegt bei 580 PKW pro 1000 Einwohner\*innen. Wie sollte sich dieser Wert für Aachen nach einer ökologischen Verkehrswende (2030) entwickelt haben?

- gewachsen um ca. + \_\_\_\_\_ %
- gesunken um ca. - \_\_\_\_\_ %
- gleich bleiben +/- 0%

**Begründung:**

Statt eines Verkehrsmittels, des Autos, stellen wir den Menschen und seine vielfältigsten Bedürfnisse in den Mittelpunkt. Weniger Autos in der Stadt bedeuten mehr Platz für uns Menschen. Leisere Straßen und saubere Luft dienen besonders jenen, die sich nicht die Villa am ruhigen Stadtrand leisten können. Mehr Angebote an klima- und umweltfreundlichen Verkehrsmitteln erleichtern zu pendeln. Das Auto wird aber für viele weiterhin wichtig sein. Die Autos müssen in der Summe im Sinne der Lebensqualität aller digitaler, leiser, kleiner und leichter sowie klimaneutral und besser recycelbar sein. Weniger Autos und insbesondere Autofahrten wird es automatisch geben, wenn die Infrastruktur für die anderen VerkehrsteilnehmerInnen besser wird. Auf eine Zahl möchte ich mich dabei nicht festlegen.

3. Werden Sie sich gegen den Ausbau des Straßen-/Autobahnnetzes in Deutschland aussprechen? Werden Sie sich stattdessen für eine massive Förderung des Schienenverkehrs und die schienengebundene Anbindung des ländlichen Raumes einsetzen?

**Freitextantwort**

Die Verkehrspolitik hat jahrzehntelang einseitig Straßenbau und Pkw-Verkehr gefördert. Sie reißt damit alle Klima- und Nachhaltigkeitsziele und führt doch tagtäglich zu Staus. Das hat keine Zukunft. Wir setzen auf starke Verlagerung von Straßen und Flugverkehr auf die Schiene. Wir wollen Investitionen für starke Bahnen und 100 Milliarden Euro, verteilt auf die Jahre bis 2035, zusätzlich in Schienennetz und Bahnhöfe investieren. Wir wollen den Deutschlandtakt weiterentwickeln und realisieren, um den Menschen mit besser aufeinander abgestimmten Bahnangeboten in Stadt und Land attraktive und für alle bezahlbare Mobilitätsangebote zu machen. Dafür wollen wir die Takte verdichten und den Zugverkehr wieder stärker in die Fläche bringen. Ergänzen wollen wir diese Angebote durch Nachtzüge. Die anstehende Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans werden wir zudem nutzen, um alle nicht im Bau befindlichen Abschnitte sowie besonders umweltschädliche Straßenneubau- und Straßenausbauprojekte einer Klima-, Umwelt- und Bedarfsprüfung zu unterziehen und sie dadurch deutlich zu reduzieren. Bis zum Abschluss der Überprüfung dürfen bei diesen Projekten keine irreversiblen Fakten geschaffen werden. Das gilt umso mehr, weil der ausufernde Straßenneubau Mittel bindet, die wir anderswo viel dringender brauchen. Die Mittel für den Straßenneu- und -ausbau werden wir deshalb weitgehend umschichten — zugunsten der Sanierung maroder Infrastruktur und des Ausbaus der Schieneninfrastruktur.

4. Soll im Jahr 2030 der nachhaltige öffentliche Personenverkehr deutlich günstiger sein als die Nutzung z.B. des motorisierten Individualverkehrs oder des Flugverkehrs?

- Ja       Eher ja       Eher nein       Nein

**Begründung:**

Wir wollen die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 verdoppeln. Dazu muss der öffentliche Personennahverkehr attraktiver, innovativer und vollständig barrierefrei werden. Mobilität darf nicht vom Geldbeutel abhängen: Länder, Kommunen und Verbände wollen wir dabei unterstützen, attraktive Preisangebote bis hin zu ticketlosem ÖPNV zu machen und neue Finanzierungsquellen wie eine Umlagefinanzierung zu erschließen. Zusammen mit den Ländern werden wir eine Zukunfts- und Ausbauoffensive starten, durch eine Mobilitätsgarantie flächendeckende Anbindungen schaffen, Investitionen in Fahrzeuge und das ÖPNV-Netz erhöhen und Finanzierungsinstrumente wie das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und die Regionalisierungsmittel für diese Ziele ausbauen.



## Städtebau, Bauen, Stadtgrün

„Deutschland ist gebaut“ – und circa 40% des deutschen Energieverbrauchs entfallen auf den Bausektor, inklusive des Betriebs der Gebäude. Ebenso werden etwa 54% des Mülls durch ihn verursacht. Der Ressourcenverbrauch ist mit einem ungefähren Anteil von 40% zu beziffern. Daher bietet der Bausektor eines der größten Einsparpotentiale aller Sektoren.

Auf EU-Ebene werden zurzeit weitgehende Vorgaben entwickelt, um das nachhaltige Bauen voranzutreiben sowie einen Städtebau zu forcieren, der die Folgen des Klimawandels abmildern soll. Hier sind der European Green Deal<sup>16</sup>, das New European Bauhaus<sup>17</sup>, aber auch die EU-Taxonomie<sup>18</sup> zu nennen.

1. Welche Strategien und konkrete Maßnahmen für das nachhaltige Bauen und einen Städtebau für die Klimafolgenanpassung wollen Sie auf Basis der Vorgaben der EU<sup>19</sup> in der nächsten Wahlperiode prioritär initiieren bzw. fördern?

Lösungsansatz 1 Einsatz von nachwachsenden und ressourcenschonenden Baustoffen

Begründung:

Bauen ist und bleibt ein ressourcenintensives Geschäft. Darum ist es wichtig, dass wir die durch Rückbau wieder freiwerdenden Rohstoffe dem Kreislauf wieder zuführen und damit den Abbau und Verbrauch weiterer Ressourcen unnötig machen.

Lösungsansatz 2 Hitzeaktionspläne und Stadtumbau

Begründung:

mehr Stadtgrün, Frischluftschneisen, Gebäudebegrünung, Wasserflächen und öffentliche Trinkbrunnen.

Lösungsansatz 3 Schwammstädte und Bodenentsiegelung

Begründung:

Schwammstädte sollen künftig mehr Wasser aufnehmen, speichern und im Sommer kühlend wirken. Das erhöht auch die Lebensqualität gerade für all jene, die sich keinen eigenen Balkon oder Garten leisten können: Dachgärten sind natürliche Klimaanlage für Wohnungen und Büros, Parks und Stadtwälder spenden Schatten und frische Luft. Bodenschutzgesetz für unversiegelten Boden mit Festlegung eines bis 2035 auf Netto-Null sinkenden Flächenverbrauchs

Lösungsansatz 4 Bewertungssystem für Qualitätssicherung

Begründung:

Für das öffentliche Bauen steht das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen BNB zur Verfügung. Es wird bereits verpflichtend für Neubauten des Bundes und einiger Bundesländer angewendet. Aktuell ist das System begrenzt auf bestimmte Gebäudetypen und auf die Außenanlagen von Bundesliegenschaften. Darüber hinaus gibt es weitere anerkannte und erprobte Zertifizierungssysteme für die Privatwirtschaft.

16 [https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal\\_de](https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de)

17 [https://europa.eu/new-european-bauhaus/index\\_de](https://europa.eu/new-european-bauhaus/index_de)

18 [https://ec.europa.eu/germany/news/20210421-eu-taxonomie\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210421-eu-taxonomie_de)

19 [https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal\\_de](https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de)

[https://europa.eu/new-european-bauhaus/index\\_de](https://europa.eu/new-european-bauhaus/index_de)

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210421-eu-taxonomie\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210421-eu-taxonomie_de)



2. Die allergrößte Aufgabe im Bausektor ist die Sanierung des Bestands - nicht der Neubau. Hierbei ist es erforderlich, nicht ausschließlich auf energieeffiziente Maßnahmen auf Gebäudeebene zu setzen. Eine CO<sub>2</sub>-neutrale Versorgung unserer Quartiere und Städte spielt hier die zentrale Rolle.

Wie möchten Sie auf Bundesebene über Fördergelder hinaus Maßnahmen anstoßen, um innovative und großräumige Prozesse für klimaneutrale Quartiere zu initiieren und schnell umzusetzen?

Lösungsansatz 1 Energieversorgung von Gebäuden von fossilen Energieträgern auf erneuerbare umstellen

Begründung:

Weniger CO<sub>2</sub> Ausstoß

Lösungsansatz 2 Co2 Bepreisung von Heizstoffen und Baustoffen

Begründung:

Finanzielle Anreize für die Umstellung auf nachhaltige Ressourcen

Lösungsansatz 3 \_\_\_\_\_

Begründung:

Lösungsansatz 4 \_\_\_\_\_

Begründung:

3. Der gesamte Lebenszyklus einer Immobilie steht nicht mehr im Fokus der Investitionen im Gebäudebereich. Investitionen müssen vielfach nach 12-15 Jahren zurückverdient sein. Dies hat nicht nur rasant steigende Mieten, sondern auch einen immensen Flächenverbrauch und erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt zur Folge. Möchten Sie die gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern, damit der gesamte Lebenszyklus eines Gebäudes den Rahmen für eine Investition bildet?

Ja       Eher ja       Eher nein       Nein

Begründung:

Aktuell sind die Erstellungs- oder Instandsetzungs- und Modernisierungskosten eines nachhaltig geplanten und gebauten Gebäudes deutlich höher als die eines billigen fast Plastics house". Die Folgekosten der konventionellen Baustoffe und ihr enormer CO<sub>2</sub>-Abdruck werden im Preis nicht abgebildet. Auf diesem Gebiet Nachhaltigkeit umzusetzen, braucht es daher gerechte Finanzierungsinstrumente und Lastenverteilung mit Blick auf den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes. Bei der Bewertung der gesamten Nachhaltigkeit steht der komplette Lebenszyklus des Gebäudes und seiner einzelnen Bauprodukte im Fokus. Der Lebenszyklus umfasst die Planungs- und Herstellungsphase sowie die Nutzungs- und Rückbauphase. Bei einer lebenszyklusoptimierten Bauweise können so die Nutzungskosten gesenkt werden, ohne dass die Herstellungskosten nennenswert steigen.



4. Um CO<sub>2</sub>-Emissionen zu vermindern und Ressourcen zu sparen, ist es erforderlich, den Baubestand zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dadurch wird gegenüber dem Neubau signifikant weniger CO<sub>2</sub> emittiert und es werden in erheblichem Umfang Ressourcen gespart.

Unterstützen Sie gesetzliche Vorhaben<sup>20</sup>, welche Abriss vermeiden und eine Weiterentwicklung des Bestandes fördern?

Ja     Eher ja     Eher nein     Nein

Begründung:

Die Lebensdauer von Gebäuden muss deutlich verlängert werden. Der Abriss und das Wegwerfen von Gebäudesubstanz muss vermieden und die Weiternutzung "grauer Energie" im Bestand unterstützt werden. Durch Erhaltung bestehender Bausubstanz und auf lange Nutzungsdauer ausgelegte Räume, Konstruktionen, wiederverwertbare Bauteile und Materialien kann die Ressourceninanspruchnahme auf ein verträgliches Maß zurückgeführt werden. Hierfür braucht es starke Regelungen auf EU-, Bundes- und Landesebene sowie umsetzungsstarke und fachkompetente Kommunen.

5. Für den noch erforderlichen Neubau ist es notwendig, dass Recyclingquoten im Sinne der Kreislaufwirtschaft festgelegt werden. Ebenso muss der Anteil des Einsatzes von natürlichen Materialien gestärkt werden, welche wieder der Natur zugeführt werden können (urban mining / cradle to cradle).

Möchten Sie für den Neubau eine Quote für den Einsatz von rezyklierten und natürlichen Materialien von

100%     75%     50%     0%     einführen

Begründung:

Wir können die Klimaziele nur mit einer konsequenten Bauweise hin zu ressourcenschonendem und nachhaltigem Bauen erreichen. Bei jeder Städtebau- und Gebäudeplanung sind künftig der gesamte Stoff- und Energieverbrauch für Bau, Betrieb und späteren Rückbau umfassend zu berücksichtigen. Eine Lebenszyklusbetrachtung soll verpflichtend für alle Baumaßnahmen werden, Erhalt und Aufbau auf Bestehendem bekommt Vorrang vor Neubau. Ziel ist eine komplette stoffliche Wieder- oder Weiterverwertung. Dafür setzen wir auf eine Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen, ein Gebäude-Ressourcen-Gesetz und verbindliche Klimaschutzstandards bei allen gesetzlichen Vorgaben, Normen und Bauordnungen sowie eine nachhaltige Holzbaustrategie, damit künftig energie- und ressourcenschonend und giffrei gebaut wird.



6. Wir brauchen eine durchgrünte und damit lebenswerte Stadt.<sup>21</sup> Dies beginnt bei hochwertiger Aufenthaltsqualität und geht über Entsiegelung, Renaturierung im städtischen Umfeld, Biodiversität, urbane Landwirtschaft, Wassermanagement (Schwammstadt), Maßnahmen gegen die Aufheizung der Städte bis zur Begrünung von Gebäuden.

Wie möchten Sie Prozesse anstoßen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern, damit diese Maßnahmen flächendeckend in Deutschland umgesetzt werden?

#### Lösungsansatz 1 Verbesserungen im Baurecht und Städtebauförderung

Begründung:

Soll den Kommunen helfen, Maßnahmen für lebenswerte Städte schnellstmöglich umzusetzen.

#### Lösungsansatz 2 Förderprogramm "Grüne Freiräume und Wasser für coole Städte"

Begründung:

Dieses Programm soll die Städtebauförderung ergänzen und Grünflächen, Grünzüge und Gebäudegrün in unseren Städten fördern." Und "Auch ohne Bebauungsplan müssen Grün- und Freiräume gesichert werden können. Hierfür wollen wir das Instrument des integrierten Stadtentwicklungskonzepts stärken. Um die Ausweisung von Naturerfahrungsräumen in Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen zu ermöglichen, wollen wir eine neue Grünflächenkategorie in das Baurecht einführen.

#### Lösungsansatz 3

Begründung:

#### Lösungsansatz 4

Begründung:



5. Ökologisch bereits wirksame Grünstrukturen wie z.B. Parks, Friedhöfe und Kleingartenanlagen und verwilderte Brachen dürfen nicht gefährdet werden. Eingriffe in diese Strukturen sollten nicht oder nur sehr sensibel erfolgen. Setzen Sie sich nachdrücklich für den Erhalt von urbanen Grünflächen ein?

Ja       Eher ja       Eher nein       Nein

Begründung:

Grünflächen sind wichtig für das Stadtklima und die Aufenthaltsqualität.



## Abfall, Recycling, Kreislaufwirtschaft

Die Vermeidung von Abfällen durch Wiederverwendung und Reparatur ist in den allermeisten Fällen die klimaschonendste Maßnahme. Ist dies nicht möglich, lassen sich durch Recycling Emissionen verhindern und natürliche Ressourcen schonen.

1. Sind Sie für die Ausweitung eines für Hersteller verpflichtenden Pfandsystems/Mehrwegsystems auf weitere Bereiche (z.B. Weinflaschen, Aufstrichgläser, Take-Away-Verpackungen in der Gastronomie)? Dieses System muss lange Transportwege vermeiden und daher auf standardisierten Verpackungen/Behältnissen basieren.<sup>22</sup>

Ja       Eher ja       Eher nein       Nein

Begründung:

Es soll kein Müll mehr verursacht und die Ressourcenverschwendung gestoppt werden. Das kann nur gelingen, wenn Hersteller\*innen und Müllverursachende stärker in die Verantwortung genommen werden und das Konzept der Kreislaufwirtschaft ganzheitlich bei Design, Herstellung, Nutzung und Entsorgung von Produkten berücksichtigt wird. Wir werden das komplizierte Pfandsystem entwirren. Jede Flasche soll in jeden Pfandautomaten passen, den Togo-Mehrwegbecher machen wir bis 2025 zum Standard. Wir fördern Mehrweg bei Transport, online-Handel, Einkauf und Lebensmittelverpackungen. Wir treten für ein EU-weites Pfandsystem ein. Damit Ressourcenschätze aus alten Elektrogeräten zurück in den Kreislauf finden, schaffen wir in einem ersten Schritt ein Pfand auf Handys, Tablets und energieintensive Akkus.

2. Wie stehen Sie zu einem Recht auf Reparierbarkeit?

Freitextantwort

Positiv. Denn viele Geräte landen schon nach kurzer Zeit auf dem Müll, weil sie schnell kaputtgehen, nicht reparierbar sind oder keine Softwareupdates mehr geboten werden. Das ärgert die Verbraucher\*innen, es verschwendet wertvolle Ressourcen und verursacht Berge von Elektroschrott. Wir setzen stattdessen auf Qualität und Langlebigkeit. Durch ein Recht auf Reparatur wollen wir Elektroschrott von vornherein vermeiden. Die Grundlage dafür sind verbindliche Designvorgaben, damit elektronische Geräte so gestaltet sind, dass sie möglichst langlebig, reparierbar und recyclingfähig sind. Dabei darf es nicht nur um die Hardware eines Geräts gehen. Mindestens für die erwartbare Lebensdauer müssen Ersatzteile und Softwareupdates kostengünstig erhältlich sein. Ein Label soll erkennbar und vergleichbar machen, wie lange Ersatzteile und Softwareupdates zur Verfügung gestellt werden. Durch die Verdopplung der Gewährleistungsfristen auf vier Jahre, die Erweiterung der Beweislastumkehr auf zwei Jahre und eine Angabe der vom Hersteller vorgesehenen Lebensdauer wollen wir erreichen, dass Geräte für eine längere Lebensdauer gebaut werden. So werden wir die Spielräume der EU-Vorgaben voll ausschöpfen und uns gleichzeitig für mehr Verbraucherschutz in der EU engagieren. Außerdem werden wir den reduzierten Mehrwertsteuersatz für Reparaturdienstleistungen einführen und uns auf EU-Ebene für die Ausweitung auf die Reparatur von Elektrogeräten einsetzen.



3. Frankreich hat 2020 einen Reparierbarkeitsindex<sup>23</sup> (in schwacher Form) für elektrische Geräte eingeführt.

Können Sie sich vorstellen, den Blauen Engel um die Kategorie „Reparierbarkeit“ zu erweitern, sodass beim Einkauf leicht nachvollziehbar ist, wie leicht ein Produkt repariert werden kann?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

Ob Verpackung, Gebäude, Auto oder Laptop – wir schaffen die gesetzlichen Rahmenbedingungen und ökonomischen Anreize dafür, dass alle Produkte lange verwendet, wiederverwendet, gemeinsam genutzt, repariert und hochwertig recycelt werden können. Im Ergebnis heißt das bis spätestens 2050: kein Müll mehr, Schluss mit geplantem Verschleiß.

Bis 2030 werden wir alle Güter und Materialien, die auf den Markt kommen, mit einem digitalen Produktpass ausstatten, der Unternehmen und Verbraucher\*innen alle für sie wichtigen Informationen über Design, CO2-Fußabdruck, Reparierbarkeit und Materialien bereitstellt, die für eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft nötig sind.

4. Durch das Erschließen neuer Rohstoffvorkommen entstehen massive Umweltschäden<sup>24</sup> (beispielsweise in Regenwäldern und am Meeresgrund). Der Abbau neuer Rohstoffe lässt sich durch geschlossene Rohstoffkreisläufe wenigstens verringern.

Sehen Sie daher die Notwendigkeit, eine vollumfassende Kreislaufwirtschaft in Deutschland zu etablieren?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

Müll ist ein Designfehler und eine Verschwendung wichtiger Ressourcen und Rohstoffe – die endlich sind und uns abhängig machen. Wir müssen unsere Wirtschaft auf Klimaneutralität und die planetaren Grenzausrichten und eine Kreislaufwirtschaft etablieren.

Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft brauchen wir eine neue Rohstoffpolitik, die den Einsatz von Primärrohstoffen reduziert, fossile durch nachwachsende Rohstoffe ersetzt und die globale Rohstoffgewinnung an hohe Transparenz-, Sozial- und Umweltstandards bindet. Den Weg dorthin weisen wir mit verbindlichen Herstellerverpflichtungen, ambitionierten Recyclingquoten, Steuer- und Abgaberegelungen, Normen und Standards und gezielten Förderprogrammen. Auf EU-Ebene schaffen wir mit einem neuen Produktrecht eine europäische Reparatur und Recyclingindustrie und machen die Kreislaufwirtschaft zum Standard. In der Chemieindustrie wollen wir weg von fossilen Rohstoffen und setzen auf neue innovative Produkte, Prozesse und Verfahren. Dafür wollen wir u.a. die steuerliche Bevorzugung von Erdöl bei der Produktion von Plastik abbauen.